

Straßenreinigung und Winterdienst in der kommunalen Praxis

Rechtsgrundlagen – Organisation – Aufgaben

Von

Dr. Manfred Wichmann

Hauptreferent beim
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen

5., überarbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[ESV.info/3 503 09021 5](http://ESV.info/3_503_09021_5)

1. Auflage 1995
2. Auflage 1997
3. Auflage 2000
4. Auflage 2003
5. Auflage 2006

ISBN-13: 978 3 503 09021 1

ISBN-10: 3 503 09021 5

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2006

www.ESV.info

Dieses Buch ist auf säurefreiem Papier gedruckt und entspricht den Frankfurter Forderungen zur Verwendung alterungsbeständiger Papiere für die Buchherstellung.

Gesetzt aus Times 10/12 Punkt

Satz: multitext, Berlin

Druck: Druckhaus Berlin-Mitte

Vorwort zur 5. Auflage

Die Sparzwänge unserer Städte und Gemeinden machen mittlerweile auch nicht vor Straßenreinigung und Winterdienst halt. Um so größer ist das Bedürfnis der Kommunalbediensteten, Rechtssicherheit darüber zu erhalten, welche Maßnahmen juristisch zwingend gefordert sind und wo die Serviceleistungen beginnen. Dieses Werk gibt ihnen hierauf klare und eindeutige Antworten, selbst wenn solche insbesondere von der Politik und dem Bürger manchmal nicht gewünscht zu sein scheinen.

Mein besonderer Dank gilt dem gesamten Team des Erich Schmidt Verlages, speziell Henning Schiller und Manfred Markworth, für ihre stets kompetente, zuverlässige und angenehme Betreuung bei der Herausgabe meines Buches.

Bonn, im Juli 2005

Der Verfasser

Vorwort zur 1. Auflage

Dieses Buch hat eine doppelte Zielsetzung: Zum einen wird in ihm die Rechtslage bei Straßenreinigung und Winterdienst in Städten und Gemeinden dargestellt. Zum anderen werden Probleme aus der kommunalen Praxis geschildert, die im Rahmen der Straßenreinigung und des Winterdienstes auftreten, sowie Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Dem Buch liegt ein ganzheitlicher Ansatz zugrunde. Straßenreinigung und Winterdienst werden als Einheit betrachtet. Der überwiegende Teil der Rechtsfragen stellt sich in gleicher Weise für Straßenreinigung und Winterdienst. Deshalb wird auf eine getrennte Darstellung verzichtet und statt dessen werden die beiden Komplexe unter dem Oberbegriff „Reinigung“ zusammenbehandelt. Anders ausgedrückt: Immer dort, wo die Bezeichnung „Reinigung“ verwendet wird, gelten die Ausführungen gleichermaßen für Straßenreinigung und Winterdienst. Nur da, wo sich die Rechtslage unterscheidet, werden ausdrücklich die Begriffe „Straßenreinigung“ (oder Sommerreinigung) und „Winterdienst“ benutzt.

Die Rechtslage wird anhand der für Nordrhein-Westfalen geltenden straßenreinigungsrechtlichen Vorschriften behandelt. Nur dort, wo sich landesrechtliche Abweichungen ergeben, wird auf die spezifischen Besonderheiten anderer Bundesländer eingegangen.

Das Buch ist ein Ratgeber für die kommunale Praxis. In ihm werden Aufgabe, Organisation und Rechtslage der Reinigung kommunaler Straßen dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Fragestellungen der Städte und Gemeinden. Unter dem Sammelbegriff „Kommunen“ oder „Gemeinden“ werden nachfolgend grundsätzlich Städte und Gemeinden gleichermaßen verstanden, weil die Rechtslage regelmäßig identisch ist. Sollte dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall sein, wird hierauf besonders hingewiesen.

Neben den kommunalen Bediensteten, die in Rechts- und Ordnungsämtern, Bau- und Bauordnungsämtern, Kämmereien und Bauhöfen mit Fragen der Straßenreinigung und des Winterdienstes befaßt sind, wendet sich das Buch insbesondere auch an den reinigungspflichtigen Bürger. Anhand der rechtlichen Ausführungen ist er in der Lage, seine Rechte und Pflichten zu erkennen und sich dementsprechend zu verhalten. Dies ist von besonderer Bedeutung, werden doch Straßenreinigung und Winterdienst als erweitertes Umweltrecht verstanden.

Bonn, im Mai 1995

Der Verfasser

Inhaltsübersicht

		Seite	Randziffer
1	Rechtslage der Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen	29	1–196
1.1	Abgrenzungen	29	1–6
1.1.1	Straßenbaulast	29	1
1.1.2	Verkehrssicherungspflicht	32	2 f.
1.1.3	Reinigungspflicht nach dem Straßenreinigungs- recht	39	4 ff.
1.2	Umfang der Reinigungspflicht für Städte und Gemeinden	45	7–138
1.2.1	Räumlicher Umfang	45	7 ff.
1.2.1.1	Öffentliche Straße	45	7
1.2.1.2	Reinigungspflicht bei Interessenten-/Wirtschafts- wegen	49	8 f.
1.2.1.3	Geschlossene Ortslage	50	10 ff.
1.2.2	Inhaltlicher Umfang	58	21 ff.
1.2.2.1	Straßenreinigung	58	21 ff.
1.2.2.2	Winterdienst	70	31 ff.
1.2.2.2.1	Grundsätzliches	70	31
1.2.2.2.2	Verhältnis der Räumspflicht zur Streupflicht ...	71	32
1.2.2.2.3	Gedanke der Zumutbarkeit	72	33 ff.
1.2.2.2.4	Untersuchung, was Kommunen zumutbar ist. ...	80	36 f.
1.2.2.2.5	Rechtspflichten der Kommunen im Winter- dienst zum Schutz des Fahrverkehrs innerhalb geschlossener Ortslagen	81	38 ff.
1.2.2.2.6	Rechtspflichten der Kommunen im Winter- dienst zum Schutz des Fußgängerverkehrs ...	116	71 ff.
1.2.2.2.7	Rechtspflichten der Kommunen in Sonderfällen	147	97 ff.
1.2.2.2.8	Weitere inhaltliche Anforderungen an den Um- fang der Winterdienstpflichten	169	120 ff.
1.2.2.2.8.1	Schnelligkeit des Einsatzes/Wiederholtes Streuen oder Räumen	169	120
1.2.2.2.8.2	Winterdienstpflichten bei extremer Witterung. .	173	121 ff.
1.2.2.2.8.3	Winterdienstpflichten zum Schutz ortskundiger Fahrer	176	125

Inhaltsübersicht

	Seite	Randziffer
1.2.2.2.8.4	Vorbeugendes Streuen	177 126
1.2.2.2.8.5	Zeitraum	178 127 ff.
1.3	Übertragung der Reinigungspflichten auf die Anlieger.	189 139–196
1.3.1	Untersuchung, ob Anlieger einen Anspruch auf Übertragung der Reinigung haben	192 141 ff.
1.3.2	Übertragung nur in dem Umfang, in dem die Pflicht für die Kommune selbst besteht	196 145 f.
1.3.3	Übertragung der Reinigungspflichten nur durch Satzung oder Verordnung	197 147 ff.
1.3.3.1	Eigentümer	212 156 ff.
1.3.3.2	Angrenzendes und erschlossenes Grundstück . .	219 159 ff.
1.3.3.3	Unerheblichkeit der konkreten Grundstücksnutzung	232 175
1.3.4	Umfang der Reinigungspflichten	232 176 ff.
1.3.4.1	Prüfung, ob Reinigungserleichterungen für Kommunen auch für Anlieger gelten	236 177 ff.
1.3.4.2	Kommune als Anliegerin	239 182
1.3.4.3	Gedanke der Zumutbarkeit (Überbürdung)	242 183 ff.
1.3.5	Reaktion auf Verstöße gegen Reinigungspflichten.	252 193 ff.
1.3.6	Übertragung von Reinigungspflichten der Anlieger auf Andere	256 196
2	Organisation und Haftung	259 197–248
2.1	Dienstanweisungen, Reinigungs-/Streupläne und Reinigungs-/Streubücher	261 198–204
2.2	Ordnungsgemäßes Funktionieren der Organisation	267 205–210c
2.3	Auswahl-, Schulungs- und Überwachungspflichten.	280 211–214
2.4	Verletzung von Reinigungs-/Verkehrssicherungspflichten	286 215–216
2.5	Beweislastfragen	294 217–219
2.6	Haftungsumfang/Prüfung des Mitverschuldens .	300 219a–222
2.7	Zulässigkeit der Klage und von Rechtsmitteln .	309 223
2.8	Einzelfälle	310 224–243
2.8.1	Haftung bei überobligationsmäßiger Leistung .	310 224 ff.
2.8.2	Rechtsfolgen von Schildern „Kein Winterdienst“	312 227 f.

Inhaltsübersicht

		Seite	Randziffer
2.8.3	Haftung bei Verletzung einer gesteigerten Überwachungspflicht	313	229
2.8.4	Haftung beim Defekt bzw. Fehlen von Streufahrzeugen oder Personal	313	230
2.8.5	Haftung bei Streusalzschäden.	315	231 f.
2.8.6	(Unterlassungs-)Ansprüche beim Zuschippen . .	321	233 f.
2.8.7	Haftung bei Lackschäden durch Granulatstreuung.	323	235 ff.
2.8.8	Haftung für Reinigungsfahrzeuge.	328	240 f.
2.8.9	Strafrechtliche Konsequenzen	330	242 f.
2.9	Privatisierung der Reinigung	332	244–248
2.9.1	Haftungsrechtliche Konsequenzen	339	247
2.9.2	Wegfall des Verweisungsprivilegs	345	248
3	Reinigung aus ökologischer Sicht	349	249–307
3.1	Sommerreinigung: Einsatz von chemischen Unkrautbekämpfungsmitteln.	349	249
3.2	Entscheidungen zum richtigen Streumittel im Winterdienst	350	250–268e
3.3	Verallgemeinernder Ansatz zur Prüfung der Frage, welches Streumittel das richtige ist. . . .	364	269–279
3.3.1	Art der Straße/Art der Stelle.	365	270 ff.
3.3.2	Konkrete Witterung/Einsatzbereich des Streustoffes	371	277 ff.
3.4	Wirkungen auftauender Stoffe	372	280–283
3.5	Wirkungen abstumpfender Stoffe.	375	284–286
3.6	Rechtliche Konsequenzen aus diesen Überlegungen	380	287–290
3.7	Tatsächliche Möglichkeiten zur Streusalzreduzierung.	386	291–293
3.8	Einsatz von Feuchtsalz	389	294
3.9	Tatsächliches Verhalten von Kommunen im Winterdienst	391	295–297a
3.10	Ausländische Erfahrungen	395	298
3.11	Wirksamkeit von Winterdienstmaßnahmen . . .	397	299–301
3.12	Winterverhaltensdiskussion	399	302–303
3.13	Ergebnisse des 27. und 41. Deutschen Verkehrsgerichtstags.	401	304
3.14	Weitere gute Vorschläge.	402	305–307

Inhaltsübersicht

	Seite	Randziffer
4	Reinigung und Gebühren	405 308–378
4.1	Kommunale Pflicht zur Gebührenerhebung, insbesondere auch beim Winterdienst	409 310–312a
4.2	Voraussetzungen der Gebührenerhebung	418 313–341
4.2.1	Vorhandensein einer gültigen Gebühren- satzung	418 313
4.2.2	Tatsächliche ordnungsgemäße Reinigung	428 314 ff.
4.2.3	Gebührenerhebung bei den Eigentümern oder Erbbauberechtigten der durch die Straße er- schlossenen Grundstücke	439 328 ff.
4.3	Kalkulation der Gebühr	456 342–361
4.3.1	Bemessungsgrundlagen	458 344 ff.
4.3.2	Berücksichtigung des Allgemeininteresses	469 353 f.
4.3.3	Erhebung einer Grundgebühr	473 355 ff.
4.3.4	Gebührenermittlung bezogen auf die öffentli- che Einrichtung Straßenreinigung insgesamt	477 358
4.3.5	Bildung von Abrechnungsgebieten	478 359
4.3.6	Differenzierung nach der Verkehrsbedeutung der Straßen	479 360
4.3.7	Grenze der Gebührenerhebung bei Klein- beträgen	480 361
4.4	Verteilung der Gebührensätze auf die Grund- stückseigentümer und Erbbauberechtigten	480 362–374
4.4.1	Gebührenmaßstäbe	481 363 ff.
4.4.2	Gebührenberechnung und Eckgrundstücke	497 367 f.
4.4.3	Heranziehung von Hinterliegern zu Reini- gungsgebühren	501 369 ff.
4.4.4	Gedanke der Einheit der Reinigung von Kommune und Anliegern	507 372 f.
4.4.5	Entstehen und Fälligkeit der Gebühr; Fest- setzungs- und Erstattungsfragen	508 374
4.5	Zum Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Straßenreinigungsentgeltforderungen	510 375
4.6	Rechtspolitische Entwicklungen	511 376–378

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
Vorwort zur 5. Auflage	5	
Vorwort zur 1. Auflage	6	
Inhaltsübersicht	7	
Abkürzungsverzeichnis	21	
1		
Rechtslage der Reinigung von Straßen, Wegen und Plätzen	29	1–196
1.1	29	1–6
1.1.1	29	1
1.1.2	32	2 f.
1.1.3	39	4 ff.
1.2	45	7–138
1.2.1	45	7 ff.
1.2.1.1	45	7
1.2.1.2	49	8 f.
1.2.1.3	50	10 ff.
1.2.1.3.1	52	14
1.2.1.3.2	53	15
1.2.1.4	54	16 ff.
1.2.2	58	21 ff.
1.2.2.1	58	21 ff.
1.2.2.1.1	59	22
1.2.2.1.2	62	23
1.2.2.1.3	62	24 f.
1.2.2.1.4	64	26
1.2.2.1.5	65	27 f.
1.2.2.1.6	67	29
1.2.2.1.7	68	30
1.2.2.2	70	31 f.

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
1.2.2.2.1	Grundsätzliches	70 31
1.2.2.2.2	Verhältnis der Räumspflicht zur Streupflicht .	71 32
1.2.2.2.3	Gedanke der Zumutbarkeit.	72 33 ff.
1.2.2.2.4	Untersuchung, was Kommunen zumutbar ist	80 36f.
1.2.2.2.5	Rechtspflichten der Kommunen im Winterdienst zum Schutz des Fahrverkehrs innerhalb geschlossener Ortslagen.	81 38 ff.
1.2.2.2.5.1	Schutz des Fahrverkehrs auf gefährlichen und verkehrswichtigen Stellen der Fahrbahn	81 38
1.2.2.2.5.2	Andere Auffassung der Obergerichte in Nordrhein-Westfalen	82 39 f.
1.2.2.2.5.3	Grundsatzentscheidung des BGH vom 5. 7. 1990.	83 41 ff.
1.2.2.2.5.3.1	Inhalt und Bewertung des BGH-Urteils	84 42
1.2.2.2.5.3.2	Prüfung, ob die BGH-Entscheidung auch auf den Räumdienst übertragbar ist.	86 43
1.2.2.2.5.4	Gefährliche und verkehrswichtige Stellen auf der Fahrbahn	87 44 ff.
1.2.2.2.5.4.1	Gefährliche Stelle.	87 44 ff.
1.2.2.2.5.4.2	Einzelfälle gefährlicher Stellen	92 48 ff.
1.2.2.2.5.4.2.1	Unterschiedlicher Straßenzustand	92 48
1.2.2.2.5.4.2.2	Einmündung einer Nebenstraße in eine Hauptverkehrsstraße.	93 49
1.2.2.2.5.4.2.3	Straßenkreuzung/Fahrspuren	94 50 f.
1.2.2.2.5.4.3	Verkehrswichtige Stelle.	95 52
1.2.2.2.5.4.4	Einzelfälle verkehrswichtiger Stellen	98 53 ff.
1.2.2.2.5.4.4.1	Verkehrsberuhigte Zone/Kleinstadtstraße/Gewerbegebiet	98 53
1.2.2.2.5.4.4.2	Laubengang	98 54
1.2.2.2.5.4.4.3	Schulbusverkehr/Öffentlicher Personennahverkehr	99 55
1.2.2.2.5.4.4.4	Einmündungsbereich von Nebenstraßen in Hauptstraßen.	100 56 ff.
1.2.2.2.5.4.5	Aufnahme des Einmündungsbereichs in den kommunalen Streuplan.	102 59 f.
1.2.2.2.5.4.6	Tatsächliche Vornahme von Streumaßnahmen.	104 61
1.2.2.2.5.4.7	Variante des OLG Celle.	105 62 f.
1.2.2.2.5.5	Winterdienstpflichten aus vorangegangenen Tun	106 64

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.2.2.2.5.6	Winterdienstpflichten bei der Beseitigung von Streugut nach der Winterdienstperiode .	107	65
1.2.2.2.5.7	Winterdienstpflichten auf Fahrbahnen außerhalb geschlossener Ortschaften	109	66 ff.
1.2.2.2.5.8	Exkurs: Reinigungspflichten der Polizei	115	70
1.2.2.2.6	Rechtspflichten der Kommunen im Winterdienst zum Schutz des Fußgängerverkehrs . .	116	71 ff.
1.2.2.2.6.1	Gehwege (Bürgersteige).	117	72 ff.
1.2.2.2.6.2	Gehweg an Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs/Busbahnhöfe	124	79 ff.
1.2.2.2.6.3	Fußgängerwege	127	82
1.2.2.2.6.4	Fußgängerüberwege	129	83 ff.
1.2.2.2.6.5	Fußgängerzonen/Plätze	136	88
1.2.2.2.6.6	Winterdienstpflichten beim Fehlen eines Bürgersteigs	138	89 f.
1.2.2.2.6.7	Winterdienstpflichten bei baustellenbedingter Sperrung eines Gehwegs	140	91
1.2.2.2.6.8	Winterdienstpflichten bei zugeparktem Gehweg oder bei Hindernissen auf dem Gehweg.	141	92 f.
1.2.2.2.6.9	Winterdienstpflichten bei fehlender Beleuchtung.	142	94
1.2.2.2.6.10	Streupflicht an Markttagen/bei Sondernutzungen	142	95
1.2.2.2.6.11	Reinigungspflichten für Gehwege nur innerhalb geschlossener Ortschaften.	144	96
1.2.2.2.7	Rechtspflichten der Kommunen in Sonderfällen.	147	97 ff.
1.2.2.2.7.1	Schutz von Fahrradfahrern, insbesondere Radwege	147	97 ff.
1.2.2.2.7.2	Kombinierte Geh- und Radwege	151	102
1.2.2.2.7.3	Parallel nebeneinander verlaufende Gehwege und Radwege	154	103
1.2.2.2.7.4	Verkehrsberuhigte Bereiche.	154	104
1.2.2.2.7.5	Mischflächen	154	105 f.
1.2.2.2.7.6	Mehrzweckstreifen	155	107
1.2.2.2.7.7	Öffentliche Parkplätze/Parkuhren/Parkbuchten	156	108 ff.
1.2.2.2.7.8	Private Parkplätze.	160	112 ff.

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.2.2.2.7.9	Tiefgaragenzufahrten	162	115
1.2.2.2.7.10	Bahnhöfe/Bahnsteige/Bahnübergänge/ Straßenbahnen	162	116
1.2.2.2.7.11	Metallschienen auf einer Brücke/Wertstoff- container/Kommunale Toiletten/Spielplätze/ Kanaldeckel	164	117
1.2.2.2.7.12	Friedhöfe/Parkanlagen	165	118
1.2.2.2.7.13	Autobahnraststätten/Gaststätten/Diskothe- ken/Autowaschanlagen/Tankstellen/Schul- und Betriebshöfe/Flughäfen	167	119
1.2.2.2.8	Weitere inhaltliche Anforderungen an den Umfang der Winterdienstpflichten.	169	120 ff.
1.2.2.2.8.1	Schnelligkeit des Einsatzes/Wiederholtes Streuen oder Räumen	169	120
1.2.2.2.8.2	Winterdienstpflichten bei extremer Witte- rung.	173	121 ff.
1.2.2.2.8.3	Winterdienstpflichten zum Schutz ortskun- diger Fahrer	176	125
1.2.2.2.8.4	Vorbeugendes Streuen	177	126
1.2.2.2.8.5	Zeitraum	178	127 ff.
1.2.2.2.8.5.1	Schutz des Hauptberufsverkehrs	178	127 ff.
1.2.2.2.8.5.1.1	Werktags gegen 7.00 Uhr	180	128
1.2.2.2.8.5.1.2	Samstags gegen 8.00 Uhr	182	129 f.
1.2.2.2.8.5.1.3	Sonn- und feiertags gegen 9.00 Uhr	183	131
1.2.2.2.8.5.2	Untersuchung, wann die Kommune mit Winterdienstmaßnahmen beginnen muß	183	132
1.2.2.2.8.5.3	Ende des Hauptberufsverkehrs am Abend. . .	184	133 ff.
1.2.2.2.8.5.4	Prüfung, ob ein nächtlicher Winterdienst zum Schutz des Fahrverkehrs stattfinden muß.	185	136
1.2.2.2.8.5.5	Nächtlicher Schutz für speziellen Fußgänger- verkehr	187	137
1.2.2.2.8.5.6	Übertragbarkeit der Überlegungen auf den nächtlichen Schutz für speziellen Fahrzeug- verkehr	189	138
1.3	Übertragung der Reinigungspflichten auf die Anlieger	189	139–196
1.3.1	Untersuchung, ob Anlieger einen Anspruch auf Übertragung der Reinigung haben.	192	141 ff.

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
1.3.2	Übertragung nur in dem Umfang, in dem die Pflicht für die Kommune selbst besteht .	196	145 f.
1.3.3	Übertragung der Reinigungspflichten nur durch Satzung oder Verordnung	197	147 ff.
1.3.3.1	Eigentümer	212	156 ff.
1.3.3.2	Angrenzendes und erschlossenes Grundstück	219	159 ff.
1.3.3.2.1	Angrenzendes Grundstück	219	159 ff.
1.3.3.2.2	Erschlossenes Grundstück	223	166
1.3.3.2.2.1	Einzelfälle	225	167 ff.
1.3.3.2.2.1.1	Selbständiger Fuß- und Wohnweg	225	167
1.3.3.2.2.1.2	Lärmschutzwall/Leitplanke/Hecke	226	168
1.3.3.2.2.1.3	Sehr steile Böschung	226	169
1.3.3.2.2.1.4	Einseitiger Gehweg	227	170
1.3.3.2.2.1.5	Stützmauern	228	171
1.3.3.2.2.2	Reinigungspflicht für Eigentümer öffentlicher Verkehrsflächen	228	172 f.
1.3.3.2.2.3	Reinigungspflicht der Deutschen Bahn AG .	229	174
1.3.3.3	Unerheblichkeit der konkreten Grundstücksnutzung	232	175
1.3.4	Umfang der Reinigungspflichten	232	176 ff.
1.3.4.1	Prüfung, ob Reinigungserleichterungen für Kommunen auch für Anlieger gelten	236	177 ff.
1.3.4.2	Kommune als Anliegerin	239	182
1.3.4.3	Gedanke der Zumutbarkeit (Überbürdung) . .	242	183 ff.
1.3.4.3.1	Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen des Anliegers	243	184
1.3.4.3.2	Übertragung der Fahrbahnreinigung und Gedanke der Zumutbarkeit	245	185 ff.
1.3.4.3.2.1	Hauptverkehrsstraßen	246	186
1.3.4.3.2.2	Anliegerstraßen/Tempo-30-Zonen/verkehrsberuhigte Bereiche/Radwege/Parkbuchten . .	246	187
1.3.4.3.3	Unzumutbarkeit aus anderen Gründen als denjenigen des Verkehrs	248	188
1.3.4.3.4	Übertragung der Gehwegreinigung und Gedanke der Zumutbarkeit	250	189 ff.
1.3.5	Reaktion auf Verstöße gegen Reinigungspflichten	252	193 ff.
1.3.6	Übertragung der Reinigungspflichten der Anlieger auf Andere	256	196

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
2	Organisation und Haftung	259 197–248
2.1	Dienstanweisungen, Reinigungs-/Streupläne und Reinigungs-/Streubücher.	261 198–204
2.2	Ordnungsgemäßes Funktionieren der Orga- nisation	267 205–210c
2.3	Auswahl-, Schulungs- und Überwachungs- pflichten	280 211–214
2.3.1	Auswahl und Schulung der Mitarbeiter.	281 211
2.3.2	Kontrolle der/durch die eigenen Mitarbeiter.	281 212
2.3.3	Kontrolle von Anliegern	283 213 f.
2.4	Verletzung von Reinigungs-/Verkehrssiche- rungspflichten.	286 215–216
2.5	Beweislastfragen.	294 217–219
2.6	Haftungsumfang/Prüfung des Mitverschul- dens.	300 219a–222
2.7	Zulässigkeit der Klage und von Rechts- mitteln.	309 223
2.8	Einzelfälle.	310 224–243
2.8.1	Haftung bei überobligationsmäßiger Leis- tung.	310 224 ff.
2.8.1.1	Bildung von Gewohnheitsrecht	310 224 f.
2.8.1.2	Haftung für Mängel bei der Durchführung	311 226
2.8.2	Rechtsfolgen von Schildern „Kein Winter- dienst“.	312 227 f.
2.8.3	Haftung bei Verletzung einer gesteigerten Überwachungspflicht	313 229
2.8.4	Haftung beim Defekt bzw. Fehlen von Streufahrzeugen oder Personal.	313 230
2.8.5	Haftung bei Streusalzschäden	315 231 f.
2.8.6	(Unterlassungs-)Ansprüche beim Zuschip- pen	321 233 f.
2.8.7	Haftung bei Lackschäden durch Granulat- streuung	323 235 ff.
2.8.7.1	Auffassung der Instanzrechtsprechung	323 235
2.8.7.2	Grundsatzurteil des BGH.	324 236
2.8.7.3	Konsequenzen aus dem Urteil des BGH.	325 237
2.8.7.4	Spezieller Fall des LG Bielefeld	326 237a
2.8.7.5	Sonderproblem der Gerichtszuständigkeit.	327 238 f.
2.8.8	Haftung für Reinigungsfahrzeuge	328 240 f.

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
2.8.9	Strafrechtliche Konsequenzen	330 242 f.
2.9	Privatisierung der Reinigung	332 244–248
2.9.1	Haftungsrechtliche Konsequenzen	339 247
2.9.2	Wegfall des Verweisungsprivilegs	345 248
3	Reinigung aus ökologischer Sicht	349 249–307
3.1	Sommerreinigung: Einsatz von chemischen Unkrautbekämpfungsmitteln	349 249
3.2	Richtiges Streumittel im Winterdienst	350 250–268e
3.2.1	LG Bochum, Urt. v. 20.11.1980	350 251
3.2.2	OLG Hamm, Urt. v. 5.5.1981	351 252
3.2.3	OLG Celle, Urt. v. 17.9.1986	351 253
3.2.4	OLG Hamm, Urt. v. 28.11.1986	351 254
3.2.5	LG Hamburg, Urt. v. 10.10.1986/OLG Hamburg, Urt. v. 10.3.1987	352 255 ff.
3.2.5.1	Winterdienstkonzept der Freien und Hanse- stadt Hamburg	353 256
3.2.5.2	Inhalt der Urteile	353 257
3.2.6	OLG Hamm, Urt. v. 4.11.1988	354 258
3.2.7	Kammergericht, Urt. v. 26.5.1989	354 259
3.2.8	OLG Düsseldorf, Urt. v. 16.11.1989	355 260
3.2.9	OLG München, Urt. v. 7.12.1989	355 261
3.2.10	VGH Kassel, Beschl. v. 28.9.1990	356 262 ff.
3.2.10.1	Vorgeschichte	356 263
3.2.10.2	Inhalt der Entscheidung	357 264
3.2.10.3	Juristische Bewertung	357 265
3.2.10.4	Auswirkungen der Entscheidung	358 266
3.2.11	VG Berlin, Urt. v. 14.11.1990	360 267
3.2.12	OLG Stuttgart, Urt. v. 20.5.1992	360 268
3.2.13	BGH, Urt. v. 1.7.1993	361 268a
3.2.14	LG Waldshut-Tiengen, Urt. v. 14.2.1995	362 268b
3.2.15	LG Ravensburg, Urt. v. 10.6.1996	363 268c
3.2.16	LG Ellwangen, Urt. v. 21.5.1999	363 268d
3.2.17	OLG Nürnberg, Urt. v. 27.9.2000	363 268e
3.3	Verallgemeinernder Ansatz zur Prüfung der Frage, welches Streumittel das richtige ist	364 269–279
3.3.1	Art der Straße/Art der Stelle	365 270 ff.
3.3.1.1	Wohnstraßen/Wohnsammelstraßen	365 270
3.3.1.2	Hauptverkehrsstraßen und klassifizierte Straßen	365 271 ff.

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
3.3.1.3	Gehwege	366	274 ff.
3.3.1.4	Privatgrundstücke	369	276 a
3.3.2	Konkrete Witterung/Einsatzbereich des Streustoffes	371	277 ff.
3.4	Wirkungen auftauender Stoffe	372	280–283
3.5	Wirkungen abstumpfender Stoffe	375	284–286
3.6	Rechtliche Konsequenzen aus diesen Über- legungen	380	287–290
3.7	Tatsächliche Möglichkeiten zur Streusalz- reduzierung	386	291–293
3.8	Einsatz von Feuchtsalz	389	294
3.9	Tatsächliches Verhalten von Kommunen im Winterdienst	391	295–297 a
3.10	Ausländische Erfahrungen	395	298
3.11	Wirksamkeit von Winterdienstmaßnahmen	397	299–301
3.12	Winterverhaltensdiskussion	399	302–303
3.13	Ergebnisse des 27. und 41. Deutschen Ver- kehrsgesamtstags	401	304
3.14	Weitere gute Vorschläge	402	305–307
3.14.1	Abel-Lorenz/Eisberg	402	305
3.14.2	Landesregierung Nordrhein-Westfalen	403	306
3.14.3	Städte- und Gemeindebund	403	307
4	Reinigung und Gebühren	405	308–378
4.1	Kommunale Pflicht zur Gebührenerhebung, insbesondere auch beim Winterdienst	409	310–312 a
4.2	Voraussetzungen der Gebührenerhebung	418	313–341
4.2.1	Vorhandensein einer gültigen Gebühren- satzung	418	313 f.
4.2.2	Tatsächliche ordnungsgemäße Reinigung	428	314 ff.
4.2.2.1	Entscheidend: Reinigungsergebnis der erschließenden Straße	429	315
4.2.2.2	Ordnungsgemäße Reinigung bei Verkehrs- beruhigungsmaßnahmen	431	316
4.2.2.3	Ordnungsgemäße Reinigung bei parkenden Fahrzeugen	431	317
4.2.2.4	Untersuchung, ob diese Fälle zur Gebühren- ermäßigung führen	433	318
4.2.2.5	Ordnungsgemäße Reinigung und „milder Winter“	433	319 ff.

Inhaltsverzeichnis

		Seite	Randziffer
4.2.2.5.1	Sommerreinigung wird statt Winterdienst durchgeführt	434	320 f.
4.2.2.5.2	Weder Sommerreinigung noch Winterdienst werden durchgeführt	434	322 ff.
4.2.2.6	Beweislastfragen hinsichtlich der Ordnungsgemäßheit einer Reinigung	438	327
4.2.3	Gebührenerhebung bei den Eigentümern oder Erbbauberechtigten der durch die Straße erschlossenen Grundstücke.	439	328 ff.
4.2.3.1	Begriff des Grundstücks	440	329
4.2.3.2	Einzelfälle.	442	330
4.2.3.3	Begriff der Erschließung	442	331 f.
4.2.3.4	Begriff der eigenständig erschließenden Straße	448	333 ff.
4.2.3.5	Gebührenerhebung außerhalb geschlossener Ortslagen	453	339 f.
4.2.3.6	Eigentümer und Erbbauberechtigte als Gebührenschuldner	454	341
4.3	Kalkulation der Gebühr	456	342–361
4.3.1	Bemessungsgrundlagen	458	344 ff.
4.3.2	Berücksichtigung des Allgemeininteresses . .	469	353 f.
4.3.3	Erhebung einer Grundgebühr.	473	355 ff.
4.3.4	Gebührenermittlung bezogen auf die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung insgesamt	477	358
4.3.5	Bildung von Abrechnungsgebieten	478	359
4.3.6	Differenzierung nach der Verkehrsbedeutung der Straßen.	479	360
4.3.7	Grenze der Gebührenerhebung bei Kleinbeträgen	480	361
4.4	Verteilung der Gebührensätze auf die Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten . .	480	362–374
4.4.1	Gebührenmaßstäbe	481	363 ff.
4.4.2	Gebührenberechnung und Eckgrundstücke . .	497	367 f.
4.4.3	Heranziehung von Hinterliegern zu Reinigungsgebühren	501	369 ff.
4.4.4	Gedanke der Einheit der Reinigung von Kommune und Anliegern.	507	372 f.
4.4.5	Entstehen und Fälligkeit der Gebühr; Festsetzungs- und Erstattungsfragen	508	374

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randziffer
4.5	Zum Rechtsweg bei Streitigkeiten wegen Straßenreinigungsentgeltforderungen.	510 375
4.6	Rechtspolitische Entwicklungen	511 376–378
Anhänge		517 379–385
Anhang 1:	Muster einer Satzung über die Straßenreini- gung und die Erhebung von Straßenreini- gungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) des NWStGB	519 379
Anhang 2:	Muster einer Dienstanweisung zur Kontrolle der Straßen, Wege und Plätze (BADK)	529 380
Anhang 3:	Muster eines Räum- und Streuplans (BADK)	533 381
Anhang 4:	Muster eines Einsatzplans zum Räum- und Streuplan (BADK)	541 382
Anhang 5:	Muster eines Übertragungsvertrages (Privatisierung) für die Straßenreinigung (Sommerreinigung).	543 383
Anhang 6:	Muster eines Übertragungsvertrages (Privatisierung) für den Winterdienst.	549 384
Anhang 7:	Besetzung von Winterdienstfahrzeugen mit Beifahrern (Empfehlungen des Bundesver- bandes der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand)	555 385
Literaturverzeichnis.		557
Stichwortverzeichnis		571